



FLUCHTWEGE ÖFFNEN! ABSCHIEBUNGEN STOPPEN!

11.11.2016: DEMONSTRATIONEN VOR DER GIZ UND
DEN BOTSCHAFTEN VON NIGER, MALI UND MAROKKO

Demonstration von Afrique-Europe-Interact in Kita (Mali), 2016

Allein in diesem Jahr sind im Mittelmeer über 4.000 Menschen ums Leben gekommen. Keiner von ihnen hätte sterben müssen, gäbe es für Geflüchtete und Migrant_innen die Möglichkeit, Europa sicher und kostengünstig auf Fähren zu erreichen. Dies zeigt: Nicht die zynischen Methoden der Schlepper sind das eigentliche Problem, sondern die Migrationspolitik der EU. Erst sie lässt den Menschen keine andere Wahl, als die lebensgefährliche Überfahrt auf schlechten und völlig überladenen Booten anzutreten.

Doch Europa reicht es nicht, Geflüchtete und Migrant_innen an den Außengrenzen abzufangen oder wieder abzuschieben. Vielmehr unternehmen die europäischen Länder alles, um Geflüchtete und Migrant_innen möglichst frühzeitig aufzuhalten – insbesondere aus afrikanischen Ländern. Entsprechend ist auch die Sahara bereits seit langem zu einem militarisierten Bollwerk ausgebaut worden, was ebenfalls hunderte, womöglich tausende Menschenleben jedes Jahr kostet.

Eine weitere Zuspitzung hat dieses Vorgehen im November 2015 beim afrikanisch-europäischen Regierungsgipfel in Valletta erfahren, der Hauptstadt Maltas. Damals wurde vereinbart, dass Europa die grotesk niedrige Summe von 1,8 Milliarden Euro zur Verfügung stellen solle, um Fluchtursachen in Afrika zu "bekämpfen" (wobei nicht mit einem Wort thematisiert wurde, auf welche Weise Europa mit seiner Wirtschaftspolitik zu vielen der Fluchtursachen überhaupt erst beiträgt). Im Gegenzug sollten sich die afrikanischen Länder bereit erklären, so genannte irreguläre Migrant_innen und Geflüchtete auf ihrem Weg Richtung Europa bereits innerhalb Afrikas zur Umkehr zu zwingen. Seitdem vergeht kaum eine Woche, in der Vertreter_innen der EU oder einzelner EU-Staaten nicht irgendwo in Afrika unterwegs sind, um über neue Migrations- oder Abschiebeabkommen zu verhandeln:

BEISPIEL MAROKKO

Das Maghrebland liegt Europa geografisch am nächsten, was es für Migrant_innen und Geflüchtete aus Afrika besonders attraktiv macht. Denn wer in Tanger im Norden Marokkos angekommen ist, kann das europäische Festland bereits mit bloßem Auge sehen. Hinzu kommen die beiden Enklaven Ceuta und Melilla, die zwar zu Spanien gehören, aber auf marokkanischem Territorium liegen. Das ist der Grund, weshalb Marokko bereits seit Jahren auf Druck der EU äußerst brutal gegen Geflüchtete und Migrant_innen aus Subsahara-Afrika vorgeht – einschließlich Abschiebungen in die Wüste. Gleichzeitig verlassen auch viele Marokaner_innen das Land – teils aus Armut, teils, weil das Königreich Oppositionelle und Homosexuelle rücksichtslos verfolgt. Um so skandalöser ist es, dass Marokko nach dem Willen der Bundesregierung – zusammen mit Algerien und Tunesien – zu einem sicheren Herkunftsland erklärt werden soll, ein Plan, dem selbst Fachleute aus dem Bundesamt für Migration widersprechen.

BEISPIEL NIGER

Niger gilt als das ökonomisch ärmste Land der Welt. Gleichzeitig ist es Transitland für Geflüchtete und Migrant_innen aus ganz Subsahara-Afrika. Allein zwischen Februar und April 2016 sind mindestens 61.000 Menschen durch Agadez im Norden Nigers durchgereist – 44.000 Richtung Norden, 16.000 als Abgeschobene aus Libyen oder Algerien. Vor diesem Hintergrund hat Niger der Einrichtung von drei von der "International Organisation of Migration" (IOM) betriebenen so genannten "Informationszentren" zugestimmt, deren einzige Aufgabe darin besteht, Geflüchtete und Migrant_innen von ihrer Weiterreise abzuhalten. Zudem haben Bundesaußenminister Steinmeier und Bundeskanzlerin Merkel das Land in den letzten Monaten besucht (was im Übrigen keiner ihrer Amtsvorgänger je gemacht hat). Dabei ging es nicht nur um die Frage, wie Nigers Grenzen Richtung Norden besser abgeriegelt werden können. Vielmehr möchte die EU auch erreichen, dass Europa all jene Geflüchtete und Migrant_innen nach Niger abschieben



Frauen und Mütter von Migrant_innen, die auf dem Weg nach Europa gestorben sind, Kourounikoto (Mali) 2016

kann, die das Land auf ihrer Reise Richtung Norden durchquert haben – ein buchstäblich infamer Plan angesichts der dort bestehenden Lebensverhältnisse.

BEISPIEL MALI

Das westafrikanische Land ist nicht nur Herkunfts-, sondern auch Transitland von Geflüchteten und Migrant_innen. Entsprechend wird auch Mali massiv seitens der EU unter Druck gesetzt. Konkret sind in den letzten Monaten bereits zahlreiche Malier_innen unter anderem aus Deutschland abgeschoben worden. Und erst gestern (10.11.2016) ist eine EU-Delegation in Bamako eingetroffen, die mit der malischen Regierung ein Rückübernahmeabkommen aushandeln möchte. Und zwar ein Abkommen, das es der EU erlauben würde, malische Migrant_innen auf der Grundlage eines so genannten "Europäischen Passersatzpapiers" abschieben zu können, was konkret hieße, dass die malischen Botschaften in Europa nichts mehr mitzureden hätten. Bislang hat sich die malische Regierung gegenüber solchen Plänen stets sehr kritisch gezeigt, allerdings ist der Druck der EU beträchtlich gestiegen (vor allem, was die Entwicklungszusammenarbeit betrifft). Denn laut eines aktuellen Beschlusses der EU-Kommission solle zukünftig mit einem »Mix aus positiven und negativen Anreizen« vorgegangen werden, um »die Anstrengungen der Länder zu honorieren, die bereit sind, bei der Migrationskontrolle wirksam mit der EU zusammenzuarbeiten, und um Konsequenzen für jene sicherzustellen, die dies verweigern.«

BEISPIEL SUDAN AND ERITREA

In ihren aktuellen Bemühungen macht die EU noch nicht einmal Halt vor brutalen Diktaturen wie Eritrea und Sudan. Auch hier wird im Rahmen des so genannten Karthoum-Prozesses versucht, migrationspolitisch zusammenzuarbeiten, unabhängig davon, dass zum Beispiel der sudanesischer Präsident Ahmad al-Baschir als Kriegsverbrecher vom Internationalen Kriegsverbrecher-Tribunal in Den Haag per Haftbefehl gesucht wird. In diesem Zusammenhang hat auch die im Besitz des Bundes befindliche GIZ (Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit) konkrete Aufgaben übernommen, indem sie unter anderem die sudanesischer und eritreische Regierung beim Aufbau eines repressiven Grenzmanagements unterstützt. In diesem Zusammenhang sind in den letzten Monaten auch 1.300 eritreische Flüchtlinge im Sudan festgenommen und nach Eritrea abgeschoben worden, obwohl Geflüchtete aus

Eritrea mit drakonischen Strafen bis hin zur Todesstrafe rechnen müssen.

DRAMATISCHE KONSEQUENZEN DER EU-MIGRATIONSPOLITIK

- ▶ Zusätzliche Migrationskontrollen an innerafrikanischen Grenzen, in der Wüste und auf dem Mittelmeer führen dazu, dass Migrant_innen und Geflüchtete längere, schwierigere und gefährlichere Reisewege in Kauf nehmen müssen. Unmittelbare Konsequenz ist, dass noch mehr Menschen auf dem Weg Richtung Europa brutale Gewalt erfahren oder sogar ums Leben kommen.
- ▶ Abschiebungen bedeuten, dass die Betroffenen aus ihren sozialen und persönlichen Bezügen herausgerissen werden. Auch dies stellt eine massive Menschenrechtsverletzung dar, zumal Abgeschobene durch ihre Familien und Nachbarn oftmals soziale Ächtung erfahren.
- ▶ Migrant_innen leisten durch ihre regelmäßigen Geldüberweisungen an ihre Familien einen bedeutsamen Beitrag zur Entwicklung ihrer Länder. Abschiebungen stellen insofern eine massive ökonomische und soziale Destabilisierung der betroffenen Länder dar.
- ▶ Indem an den innerafrikanischen Grenzen immer mehr Kontrollen eingeführt werden, wird die traditionelle, im Rahmen der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS/CE-DEAO) vertraglich abgesicherte Reisefreiheit zwischen den afrikanischen Ländern unterminiert, was ebenfalls mit erheblichen wirtschaftlichen Folgeschäden einhergeht, etwa für Kleinhändler_innen oder innerafrikanische Migrant_innen.

In diesem Sinne demonstrieren wir heute (11.11.2016) vor den Botschaften von Niger, Mali und Marokko. Unsere Forderung lautet, dass diese Länder jede Form der Beteiligung an der aktuellen EU-Migrationspolitik einstellen. Denn Geflüchtete und Migrant_innen sollten unterstützt, nicht bekämpft werden! Von der GIZ fordern wir, dass sie keine Aufgaben im Bereich der Grenzsicherung übernimmt, denn Migration und Entwicklung sind keine Gegensätze! Zudem fordern wir die GIZ auf, jede Zusammenarbeit mit Diktaturen und Kriegsverbrechern einzustellen.

AFRIQUE-EUROPE-INTERACT

Afrique-Europe-Interact ist ein transnationales, Ende 2009 entstandenes Netzwerk, an dem Basisaktivist_innen aus beiden Kontinenten beteiligt sind, insbesondere in Mali, Togo, Burkina Faso, Tunesien, Guinea, Deutschland, Österreich und den Niederlanden. Landraub ist neben Flucht und Migration einer der zentralen Schwerpunkte

von Afrique-Europe-Interact. Gestern (10.11.2016) haben auch in Bamako Aktivist_innen von Afrique-Europe-Interact gegen die EU-Migrationspolitik demonstriert. Sie kritisieren die malische Regierung insbesondere für ihre Zusammenarbeit mit der Europäischen Union.

→ www.afrique-europe-interact.net

afrique-europe
interact